

„Wo sollen wir denn da noch kürzen?“

Den Kampf um jeden Cent ist der Verein Frauen für Frauen gewohnt, doch jetzt stößt er an seine Grenzen. Der Landkreis gibt nicht genug Geld für die Fachberatung von Frauen mit Gewalterfahrung - mit Abstrichen ist die Finanzierung nur noch 2019 gesichert. Dass sich die Kommunen nur indirekt beteiligen, will Ludwigsburg ändern.

VON JANNA WERNER

Aus dem Vollen schöpft Chris Scheuing-Bartelmess nie. Die Geschäftsführerin vom Verein Frauen für Frauen ist es im Gegenteil gewohnt, aus allen möglichen Töpfen Geld zu kratzen, doch jetzt sitzt der Schock tief. Geschieht nicht ein kleines Wunder, kommt die Fachberatung des Vereins für Frauen mit Fluchterfahrung ins Wanken. Diese ist seit 2016 Teil der Fachberatung für häusliche Gewalt. Und so nötig, dass es derzeit eine Warteliste von vier Wochen gibt. „Das ist natürlich viel zu lang“, sagt Scheuing-Bartelmess, „aber mehr ist nicht möglich.“

Und jetzt verweigerte der Sozialausschuss des Kreistags die jährlich 50.000 Euro, die der Verein – auch im Hinblick auf den gestiegenen Bedarf – beantragt hatte: Jetzt sind es einmalig 20.000 Euro, die der Landkreis für 2019 gewährt, ansonsten gibt es wie zuvor 9.200 Euro pro Jahr für die Personalkosten der Beratungsstelle. Nicht viel für eine Fachberatung für häusliche Gewalt, die einmalig im Landkreis ist und damit 39 Kommunen betreut. „Der Antrag war so, damit der Kreis endlich den Bedarf mitträgt“, sagt Chris Scheuing-Bartelmess. 2018 hatte die Beratungsstelle bei Kosten von 67.000 Euro ein Defizit von 22.500 Euro. „Wo sollen wir denn da noch kürzen?“

Auch der Sozialausschuss des Ludwigsburger Gemeinderats möchte gerne eine gerechtere Aufteilung. Erster Bürgermeister Konrad Seigfried ist ohnehin ausgewiesener Fan des Konnexitätsprinzips. „Wir erwarten für 2020



„Afghanistan ist für Frauen gefährlich!!!“ Auch viele der Frauen, die nach Deutschland kommen, wurden als kleine Kinder zwangsverheiratet. Sobald sie ihre erste Periode bekommen, beginnt das sexuelle Martyrium für sie, die Vergewaltigung in der Ehe.



Schmerz, Wut, Heilung: Mit Hilfe der Kunst versuchen junge Frauen zu zeigen, wie es sich anfühlt, qua Geburt Opfer sexualisierter Gewalt zu sein. Diana Busch und Chris Scheuing-Bartelmess hüten den 2017 gestalteten Wandteppich wie einen Schatz. Im Amtsgericht wurde das Mosaik von Lebensbildern schon gezeigt, jetzt wird ein neuer Ausstellungsart gesucht. Fotos: Janna Werner

eine entsprechende Lösung, die sich an den Einwohnerzahlen orientiert.“ Dies wird etwa bei der Interventionsstelle praktiziert. 2018 wurden die Kosten von 45.827 Euro gerecht auf die Kommunen verteilt. Nicht so bei der Fachberatung. Die Bürgermeister anderer Kommunen „sichert es nicht“, sagte Seigfried und will in Gespräche gehen.

Mit knapp 94.000 Einwohnern, also rund 17 Prozent der Kreisbevölkerung (530.000 Einwohner), fördert Ludwigsburg seit 1994 die Personalkosten der Beratungsstelle. Die Summe wurde 2016 von 21.390 auf 35.000 Euro erhöht. Damit trägt die Stadt 80 Prozent der Beratungsstelle für häusliche Gewalt, Trennung und Scheidung, allgemeine Lebenskonflikte und sexualisierte Gewalt.

Für die Beratung von Frauen mit Fluchterfahrung wurde 2016 zusätzlich Diana Busch mit einer halben Stelle eingestellt. Die Sozialarbeiterin führte in den vergangenen zwei Jahren 155 Gespräche mit rund 90 Frauen, 126 besuchten in diesem Zeitraum die eigens eingerichtete

Frauengruppe, 17 davon treffen sich regelmäßig alle zwei Wochen und sind zwischen 18 und 70 Jahre alt. Diana Busch berät nicht nur. Die 46-Jährige ist auch für die zwei Notzimmer in Stadt und Kreis zuständig, ist aktiv in Netzwerkarbeit und Integrationsmanagement und hat bisher 13 Infoveranstaltungen in den Asyl-Einrichtungen gestemmt.

Auch Volker Henning, Fachbereichsleiter Bürgerschaftliches Engagement, greift gerne auf den Verein zurück, wenn die städtischen Integrationsstellen nicht greifen. „Das geht so ins Detail, das können unsere Mitarbeiter nicht leisten.“ Dass Ludwigsburg die Hauptlast trägt, sei sehr ärgerlich. „Die anderen Kommunen lehnen sich zurück“, sagte er im Sozialausschuss. Rund zwei Drittel der Flüchtlingsfrauen beim Verein kommen aus dem Kreis, der Rest aus Ludwigsburg. Auch der Kontakt zu den Sozialarbeitern vor Ort und den Asylkreisen ist eng, wie auch zur Polizei, die sich bei Bedarf meldet. „Wir haben eine gute Zusammenarbeit“, so Diana Busch.

Schläge, Vergewaltigung und Tod an der Tagesordnung

„Die Frauen haben einen riesigen Bedarf, zu reden“, sagt sie. Die meisten Frauen kommen aus Afghanistan oder Syrien, viele sind in der Heimat und auf der Flucht durch die Hölle gegangen. Die Sozialarbeiterin hat viel Erfahrung in der Beratung, doch manchmal kommt auch sie an ihre Grenzen. „Es ist sehr, sehr schwer, das zu hören.“ Krieg, Schläge, Vergewaltigung, Tod waren an der Tagesordnung, Dolmetscherinnen für Arabisch und Farsi (Afghanistan) helfen. „Es ist wichtig, dass wir ihre Sprache sprechen.“

Möglich wurde die Hilfe durch 105.000 Euro vom Deutschen Hilfswerk der Fern-

sehlotterie für „Integration, Teilhabe und Schutz vor Gewalt an Flüchtlingsfrauen“. Das reicht gerade bis zum Ende der Förderung Ende Mai 2019. Ein weiterer Teil waren 7803,39 Euro vom Paritätischen Wohlfahrtsverband für „Empowermentarbeit mit geflüchteten Frauen“.

Zu mehr als einmalig 10.000 Euro war der Sozialausschuss Ludwigsburgs nicht bereit, der zwar einhellig die gute und notwendige Arbeit von Frauen für Frauen lobte, aber erst einmal abwarten möchte, wie sich der Kreis 2020 positioniert. Das Landratsamt müsse mehr geben, kritisierte Gabriele Seyfang (CDU). Ihr Vorschlag, zunächst 10.000 Euro extra zu gewähren, wurde von SPD und FDP aufgenommen. Die Freien Wähler mit Rein-

hard Weiss hätten auch drei Jahre finanziert, Elfriede Steinwand (Grüne) plädierte für eine Drei-Jahres-Finanzierung. „Das hört nicht auf mit der Gewalt gegen Frauen und Kinder.“ Oliver Kube (ÖkoLinX): „Nach einem Jahr gibt es nicht weniger oder keine Bedarfe.“

Johann Heer (FDP) sah ein Problem mit projektbezogenen Förderungen, „dass sich solche Dinge verfestigen“. Nichts wäre Chris Scheuing-Bartelmess lieber. Der Bedarf sei groß, Gewalt gegen Frauen habe nie

ein Ende, auch nicht bei Flüchtlingen. „Wir werden dringend gebraucht.“ Da Stadt und Kreis es dem Verein übertragen hätten, die Arbeit zu machen, müsse diese auch finanziell gesichert sein.

Viele Frauen aus anderen Kulturen stellen in Deutschland fest, dass sie dem Teufelskreis aus Gewalt und Unterdrückung entkommen können, so Diana Busch. Sie erzählt die Geschichte einer Frau, die als Kind mit einem Afghanen verheiratet wurde und ihm heute noch jede Nacht zur Verfügung stehen muss. „Das ist meine Pflicht“, sagte diese und begriff erst langsam, dass sie die Vergewaltigung in der Ehe nicht akzeptieren muss. Ungläubig habe die Frau wiederholt: „Ich darf selbst bestimmen!“

Um 2019 überleben zu können, hat die Beratungsstelle für Flüchtlingsfrauen alle Besuche bei Betroffenen im Kreis und die Infoabende gestrichen. So werde Beziehungsarbeit zerstört, kritisiert Busch. Die Frauen würden alleine gelassen. Johann Heers Bemerkung im Ausschuss, man müsse auch mal zum Abschluss kommen, kann sie nicht nachvollziehen. „Wir sind die einzige Beratungsstelle für häusliche Gewalt, und die hört auch bei Flüchtlingen nicht auf.“



Stolze Anklage: „In meinem Land wurde die Macht der Frau nach und nach ausgelöscht, ihre Träume und Hoffnungen wurden weggespült“, sagt Rawa Saeed aus dem Irak. In Ludwigsburg hat sie ihre Stimme gefunden.